Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff:	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische Schulkindbetreuung (Gebührensatzung Schulkindbetreuung)
Bezug:	211/2016, 801/2020, 98/2021
Anlagen:	Anlage 1 - Änderungssatzung Anlage 2 - GebührensatzungSchulkindbetreuung_Stand07.04.2021 Anlage 3 - Gebührenkalkulation

Beschlussantrag:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische Schulkindbetreuung in Anlage 1 wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen

Die Einführung einer öffentlich-rechtlichen Gebühr für das Schulessen ist zunächst haushaltsneutral, da der zugrundeliegende Preis pro Essen in Höhe von 3,50 Euro für Grundschulen nicht verändert wird.

Durch die Übernahme der Verwaltungstätigkeiten, konkret An-, Ab- und Ummeldung für das Essen und Abrechnung der Gebühren und etwaiger Rückerstattungen sowie Abrechnung des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) mit dem Landratsamt, ergibt sich ein zusätzlicher Stellenbedarf von 0,25 AK. Die Stellenanteile sind im Entwurf der Verwaltung für den Haushalts- und Stellenplan 2021 enthalten.

Bisher sind diese Verwaltungskosten Teil des Angebotspreises der Caterer. Mit der Neuausschreibung des Schulessens ab September 2021 sind diese Kosten nicht mehr Teil der Preiskalkulation und damit der städtischen Subvention für das Schulessen. Der Haushalt wird in Summe demnach nicht belastet.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die Verträge mit den Caterern für das Schulessen laufen zum 31.07.2021 aus, daher schreibt die Stadt das Schulessen zum Schuljahr 2021 neu aus.

Die Verwaltung hat in diesem Zusammenhang die Erfahrungen aus den laufenden Verträgen mit den Caterern ausgewertet und auf Verbesserungsmöglichkeiten untersucht.

Insbesondere die Themen Anmeldung zum Essen, Bezahlung des Essens und Kommunikation zwischen Eltern und Caterern zu diesem Thema waren in den letzten fünf Jahren relevante Problemfelder.

2. Sachstand

2.1. Aktuelle Vertragliche Regelungen

Im Rahmen der Ausschreibung 2016 hat die Stadt Dienstleistungskonzessionen an die Caterer vergeben. Im Rahmen dieser Konzessionen bewirtschaften die Caterer die Mensen auf eigenes wirtschaftliches Risiko. Die Eltern schließen Verträge mit den Caterern über die Bereitstellung von 1 bis 5 Essen pro Woche ab.

Mit Vorlage 211/2016 hat der Gemeinderat den Abgabepreis pro Essen an Grundschulen auf 3,50 Euro begrenzt. Die Differenz zwischen den durchgängig höheren Angebotspreisen der Caterer und des festgelegten Preises trägt die Stadt als Subvention für das Schulessen.

2.2. Vorteile dieser Regelungen

Da die konkreten Verträge über das Mittagessen zwischen Eltern und Caterern abgeschlossen werden spart sich die Stadt den damit anfallenden Verwaltungsaufwand.

2.3. Nachteile / Problemfelder

Tatsächlich wird die Stadt immer wieder in die Vertragsabwicklung zwischen Eltern und Caterern involviert. Treten in der Kommunikation zwischen diesen beiden Vertragspartnern Probleme auf, wird immer wieder die Stadt kontaktiert und um Unterstützung und Vermittlung gebeten. Dadurch entsteht nennenswerter Aufwand bei der Verwaltung.

Teilweise haben Caterer Vorkassen-Bezahlmodelle eingeführt. Dies ist doppelt schwierig: zum einen verlängert es die Vorlaufzeit zwischen Anmeldung zum Essen und Essensteilnahme, da zusätzlich der Eingang der Zahlung auf das Konto des Caterers abgewartet werden muss. Zum anderen wird kein Essen bereitgestellt, wenn das Konto, aus welchem Grund auch immer, ungedeckt ist. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Schulstart im September kam es jeweils zu Problemen, da viele Buchungskonten nicht rechtzeitig schon im August von Eltern bedient wurden.

Das bisherige Modell löst einen hohen Verwaltungsaufwand für die Leitungen der städtischen Schulkindbetreuung aus. Da die Eltern sich direkt beim Caterer für das Essen anmelden, müssen jeweils die Anmeldelisten der Caterer mit den Anmeldelisten der Schulkindbetreuung abgeglichen werden.

Da die Caterer auf die Einnahmen angewiesen sind, gab es in der Regel nur geringe Kulanz, wenn BuT-Karten seitens der Eltern nicht rechtzeitig vorgelegt wurden.

Einzelne Caterer ermöglichten keine Zahlung per Lastschrift, so gab es immer Probleme bei der Deckung der Kundenkonten. Dies führte zu Ausschlüssen vom Essen für Kinder, deren Eltern nicht rechtzeitig gezahlt haben.

3. **Vorschlag der Verwaltung**

3.1. Einführung einer öffentlich-rechtlichen Gebühr

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich der Vorteil der Dienstleistungskonzession durch Wegfall von Verwaltungsaufwand nicht eingestellt hat. Aufgrund der geschilderten Problemsituationen schlägt die Verwaltung vor, die Essensgelder als öffentlich-rechtliche Gebühr auszugestalten und in die Gebührensatzung Schulkindbetreuung mit aufzunehmen.

Die Verwaltung erwartet folgende Vorteile:

Durch die Anmeldung für das Mittagessen direkt bei der Stadt entfällt der aufwendige Listenabgleich für die Leitungen der Schulkindbetreuung.

Die Bezahlung der Gebühr ist per Lastschrift möglich. Die Erfahrungen mit dem Gebühreneinzug für die städtischen Kindertageseinrichtungen lassen erwarten, dass keine auffälligen Zahlungsausfälle zu erwarten sind. Die Abrechnung der Gebühren erfolgt mit dem Verwaltungsprogramm NH-Kita. Damit hat die Verwaltung für den Kindergartenbereich beste Erfahrungen.

Darüber hinaus hat die Verwaltung aus dem Bereich Kindertagesbetreuung große Routine in der Abwicklung des BuT-Paketes mit dem Landratsamt. Die Stadt ist nicht darauf angewiesen, dass BuT-Karten schnellstmöglich vorliegen, sie kann flexibler die Vorlage mit den Eltern klären bzw. direkt zusätzliche Unterstützungsangebote, bspw. Schulsozialarbeit, aktivieren.

Durch die direkte Anmeldung bei der Stadt kann auch die Vorlaufzeit bis zur ersten Essens- teilnahme deutlich verkürzt werden. Die Gebühren werden insofern nicht im Voraus, sondern erst nach Ausstellung des Gebührenbescheides fällig.

3.2. Ausgestaltung der Gebühr

Genau wie im Kindergarten wird eine feste Monatsgebühr erhoben. Die Anmeldung sieht ein Essen an 1 bis 5 festen Tagen pro Woche vor, sogenanntes Abo-Modell. Dies ermöglicht der Schulkindbetreuung die verlässliche Planung des Personaleinsatzes, da für jeden Tag die Anzahl der Kinder mit Mittagessen feststeht.

Die Monatsgebühr wird für zehn Monate von Oktober bis Juli fällig. Anders als im Kindergarten ist für die Schule auch der September von der Gebührenpflicht ausgeschlossen. In Baden-Württemberg enden die Schulferien in der Regel Anfang/Mitte September, es ist kein voller Verpflegungsmonat. Daher erwartet die Verwaltung, dass Eltern möglicherweise ihre Kinder erst ab Oktober zum Essen anmelden, wenn der September gebührenpflichtig wäre. Die Kalkulation der Verpflegungsgebühr beruht aber auf 186 Schultagen. Durch die Umlage der Jahresgebühr aus 186 Verpflegungstagen auf 10 Monate statt 11 Monate fällt die jeweilige Monatsgebühr höher aus. Im Gegenzug entfallen Diskussionen mit Eltern über die Gebührenpflicht in einem Monat mit Ferienanteil und alle Kinder können nach den Ferien direkt das Essensangebot wahrnehmen.

In den weiterführenden Schulen werden die Eltern weiterhin Verträge mit den Caterern abschließen. Durch die Chip-Systeme kam es hier in der Vergangenheit zu keinen nennenswerten Problemen beim Bezahlen.

4. **Lösungsvarianten**

Die Eltern schließen weiterhin direkt Verträge mit den Caterern ab. Davon rät die Verwaltung aufgrund der schlechten Erfahrungen dringend ab. Zudem wurde der Fixpreis für die Ausschreibung des Essens ohne einen Anteil für die Zahlungsabwicklung kalkuliert.

5. **Klimarelevanz**

Keine.